

Zweites Treffen der Arbeitsgruppe *Einwanderungspolitik und politische Rechte* Mittwoch, 30. Juni 2010, in Esch-sur-Alzette

Anwesende Personen

Jetnor BALA, ILIRI – Association des Albanais et Amis au Luxembourg asbl
Ahmet BALI, ILIRI – Association des Albanais et Amis au Luxembourg asbl
Almamy BOCOUM – CAAAN – Coordination d'acteurs et d'associations africaines de Nancy
Yusuf GECTAN, Kurdische Gemeinde Saarland e.V.
Bashkim HAZIZAJ, ILIRI – Association des Albanais et Amis au Luxembourg asbl
Senad KOZAR, Amitités Luxdmbourg-Monténégro asbl
Sead Ramdedovic, Amitiés Luxembourg – Monténégro asbl
Mansour SOHRABI, Association culturelle IRANYAR asbl
Modeste-Ange YAHOUEDEOU – CAAAN – Coordination d'acteurs et d'associations africaines de Nancy

Animateurs : Anita HELPIQUET, Elisabeth KIRNDÖRFER

Selektive Einwanderung

Zunächst hat die Gruppe sich entschieden, erneut auf die Einwanderungspolitik einzugehen, indem sie ihren Standpunkt bezüglich des Konzepts der selektiven Einwanderung – die sich im Zentrum der aktuellen Politiken in Europa befindet – gegeben hat.

Die Gruppe war sich darüber einig, dass die Politik der selektiven Einwanderung eine neue Form von Sklaverei erschafft – insbesondere für die Tausenden von Menschen, die illegal in Europa leben, und dabei am wirtschaftlichen Aufschwung mitwirken: *„Die Leute haben nicht unbedingt studiert; dennoch werden sie einwandern, und wenn über ein Schengen-Visum“* „Es wird immer eine Migrationsbewegung geben; Wenn man einwandert, dann, weil man nicht die Mittel hat, um zu bleiben.“

Diese Ineffizienz oder mangelnde Eignung der aktuellen Gesetze zeigt sich ebenfalls durch die Anzahl an Asylanfragen: *„Viele Leute aus den Balkanländern sind in den 90er Jahren als Asylbewerber nach Luxemburg gekommen.“* „Man hat sich für das politische Asyl entschieden, obwohl es lauter andere Gründe gab.“ „Man sieht sich gezwungen, Lügen für einen Prozess zu erzählen, der von vornherein verloren ist.“

Yusuf hat betont, dass die Politik der selektiven Einwanderung in Deutschland nicht funktioniert hat. Es gibt zu große Konkurrenz der anderen Länder, wie z.B. Amerika und Kanada – Beispiel für die Informatiker aus Indien, die Nordamerika bevorzugt haben.

* * *

Die Gruppe hat ebenfalls die Ansicht vertreten, dass die bilateralen Verträge die Einwanderer nicht daran hindern werden, die Grenzen Europas zu überwinden und dass die europäischen Staaten zu diesem Zweck die Grenzen der Einwanderung auch den Arbeitern, die nicht hochqualifiziert sind, weiter öffnen müssten. Es wurde – als Alternative zu den Ausweisungsmaßnahmen – die Möglichkeit von Fort- und Weiterbildungsprogrammen vorgeschlagen, damit all die Personen, die sich in einer prekären Situation befinden, eine passende Arbeit finden können.

Gleichbehandlung

Modeste-Ange hat betont, dass die Arbeitsgruppe sich auf einem falschen Weg befinde, weil die politischen Führungskräfte ihre Popularität bedenken müssten; sie würden kein Geld geben, um die Einwanderer auszubilden. Er hat also vorgeschlagen, über die politischen Forderungen in Bezug auf gleiche Staatsbürgerschaft nachzudenken, anders gesagt, die Gleichbehandlung für alle Einwanderer zu fordern.

Diese Politik der selektiven Einwanderung führt in der Tat zu einer Ungleichheit in der Behandlung zwischen denen, die ausgewählt wurden und denen, die nicht ausgewählt wurden, jedoch auch zwischen der hochqualifizierten Einwanderung und der weniger qualifizierten. Die Gruppe hat sich gegen die Tatsache ausgesprochen, dass die Rechte sogar im Rahmen der legalen Einwanderung nicht für alle Einwanderer die gleichen sind. Es gibt auf der einen Seite die hochqualifizierten Personen, denen die europäischen Staaten die Einreise und den Aufenthalt erleichtern und die anderen Einwanderer, deren Anwesenheit lediglich geduldet wird. Dabei ist es gemeinhin bekannt, dass Europa Einwanderer braucht, um seine wirtschaftliche Entwicklung und den Erhalt seines Sozialsystems – insbesondere das der Renten – zu gewährleisten.

Anstatt ins Details jeder Vorschläge, die formuliert werden könnten, zu gehen, hat die Gruppe beschlossen, die Grundzüge der verschiedenen Vorschläge zu formulieren:

1- Die gleichen Rechte für die Beschäftigten und hochqualifizierte Erwerbstätige zu fordern, was folgendermaßen aussehen könnte:

* Als Vergleich soll hier das dienen, was die französische Regierung im Rahmen des neuen Einwanderungsgesetzes mit der Einrichtung der zukünftigen der Blue Card vorsieht. Die Ausdeutung dieses Grundprinzips wird noch im Detail – in Anlehnung an die Beiträge der Gruppe – analysiert werden.

- Die Länge der Aufenthaltstitel harmonisieren – die längsten sind im Moment für eine Dauer von drei Jahren
- Ende des Vorrangprinzips
- Zugang zu jedem Beruf und Beschäftigungssektor ab der ersten Erneuerung des Aufenthaltstitels
- Den Wechsel des Arbeitgebers ab dem Erhalt des Aufenthaltstitels erlauben
- Sofortiges Recht auf Familiennachzug – insbesondere mit Ende der DNA-Tests
- Befreiung vom Aufnahme- und Integrationsvertrag

2- Ausbildung und politische Partizipation anstatt des Aufnahme- und Integrationsvertrags

Die Gruppe hält den Aufnahme- und Integrationsvertrag für ein Instrument, das den Politiken der selektiven Einwanderung dient, insbesondere, wenn die Familiennachzugskandidaten bereits Sprachkenntnisse erwerben müssen, bevor sie die Grenzen des Ziellandes überwunden haben.

- Mehr und besser angepasste Sprachausbildungsangebote – insbesondere in der Alphabetisierung

- Den Zweig der Integrationskurse durch politische Partizipation ersetzen. A- Annahme des Prinzips des Bodenrechts und der doppelten Staatsbürgerschaft; B – Annahme einer Staatsbürgerschaft des europäischen Wohnsitzes, die nach fünf Jahren Aufenthalt zum kommunalen, nationalen und europäischen Wahlrecht führen und den Zugang zum Staatsdienst erlauben würde

3- Einbürgerung

Yusuf hat die aktuelle Diskussion in Deutschland um IQ-Tests für jede Einbürgerungsanfrage erwähnt.

Notiz

Die Gruppe hat in Bezug auf die Einbürgerung nicht über die Wohnsitzdauer gesprochen. Sie beträgt allgemein 5 Jahre in Frankreich, 7 Jahre in Luxemburg und 8 Jahre in Deutschland. Man muss ohne Zweifel beachten, dass Frankreich in seinem neuen Gesetzesprojekt zur Einwanderung vorsieht, die Wohnsitzdauer in bestimmten Fällen auf nur zwei Jahre zu verringern.

4- Legalisierung

Die Gruppe hat die Legalisierung von allen Personen, die sich in nicht-legaler Situation befinden, gefordert und damit das Ende der Ausweisung von nicht-legalen ausländischen Arbeitern.

Asylanfragen

Die Anwesenheit von Asylbewerbern, was auch immer das Motiv ihrer Anfrage ist, sollte aus einem anderen Blickwinkel heraus betrachtet werden: *„Man muss ihnen die Möglichkeit geben, hier zu studieren, sich auszubilden, um hier zu bleiben.“* *„Wenn man diesen Leuten die Chance geben würde, sich auszubilden, gäbe es hier Hochqualifizierte!“*

In den 90er Jahren war es oft unmöglich, die Sprache zu erlernen, da das Sprachlernzentrum überlastet war, es gab auch keine Unterstützung zum Studium. *„Luxemburg ist ein kleines Land; Weil wir nicht wussten, was wir machen sollten, waren wir immer auf der Straße.“* *„All diese Jahre des Wartens, ohne dass das alles irgendwo hinführt. Nach 4-5 Jahren und einer Antwort, die meistens negativ ausfiel, mussten die Leute das Territorium verlassen; das ist absolut ungerecht.“*

Forderungen:

- Recht auf Ausbildung und damit, in der Lage zu sein, zum wirtschaftlichen Leben des Aufnahmelandes beizutragen – qualifizierende Ausbildungen insbesondere über den Weg der Lehre und der Sprachausbildung
- Recht auf Arbeiten – Erneuerung in Luxemburg des AOT-Systems
- Ende der Rückkehr für alle Familien deren Kinder, die in einem der europäischen Länder sozialisiert und eingeschult wurden
- Bewegungsfreiheit – insbesondere im Fall der deutschen Länder, die die Residenzpflicht sogar dann anwenden, wenn der Asylbewerber eine Arbeit gefunden hat

- Das Recht, seiner Familie nachzuziehen – die Ausweisung in das erste Land, das der Asylbewerber betreten hat, abschaffen
- Die Wahl haben, sich frei zu ernähren
- Recht auf geeignete Unterkunft – und insbesondere in Deutschland Ende der Lager
- Ausreichende Mittel zum Lebensunterhalt